

Jens Spahn und immer wieder Jens Spahn

Masken-Affäre

Zu den Artikeln „Wir könnten noch mehr impfen“ (TV vom 17. Mai), „Spahn gerät wegen Masken unter Druck“ (TV vom 7. Juni) und „Die Wahlkämpfer lassen die Masken fallen“ (TV vom 9. Juni):

Bundes-Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ist ein Paradebeispiel für das „Peter-Prinzip“ (These von Laurence J. Peter), das da lautet: „In einer Hierarchie neigt jeder Beschäftigte dazu, bis zu seiner Stufe der Unfähigkeit aufzusteigen.“ Wann sieht Herr Spahn endlich ein, dass er von Gesundheitspolitik keine Ahnung hat und nimmt seinen Hut? Nicht nur das Herumgeeiere beim Impfstoff AstraZeneca, der zuerst nur für unter 65-Jährige zugelassen wurde, dann nach einem Stopp für unter 60-Jährige nur noch eingeschränkt empfohlen wird. Der Impfabstand wird von zwölf Wochen urlaubsversprechend auf vier Wochen verkürzt, obwohl mehrere Studien zeigen, dass dann nur eine Wirksamkeit von etwa 55 Prozent gegeben ist. Ein Schelm, wer dabei an die bevorstehenden Wahlen denkt. Auch die unqualifizierten Äußerungen über Pflege und Pflegenotstand, der Vorschlag zur Einführung der Rasterpsychotherapie sowie die vorgesehenen Änderungen bei der Verhinderungs-

pflege sind nur ein kleiner Teil des bodenlosen Fasses der Inkompetenz des Gesundheitsministers. In der aktuellen Maskenaffäre dreht es sich nun um Milliardenbeträge und um menschenverachtendes Verhalten. Es haben schon sehr viele charakterstarke Menschen wegen geringerer Verfehlungen ihr Amt niedergelegt. Der Trierer Ordnungsdezernent Thomas Schmitt (CDU) zum Beispiel ist zurückgetreten, weil er sich mit einer übriggebliebenen Impfdosis gegen das Coronavirus hat impfen lassen. Die Schlagzeile: „Minister Spahn bietet Kanzlerin den Rücktritt an“ wäre die logische Folgerung aus allen bisher geleisteten Fauxpas. Aber narzisstisch veranlagten Personen ist es wohl nicht möglich, ihre Fehler einzugestehen und die Konsequenzen daraus zu tragen. Nein, sie versuchen immer noch, die Schuld auf andere zu schieben und ihre Hände in Unschuld zu waschen. Ethik, Moral, Sachkenntnis und Verantwortungsbewusstsein bleiben leider weit hinter dem Bestreben nach Macht und Geld zurück. Herr Spahn, was Sie tun, schadet der Gesundheit, und das bewahrt sich nicht erst seit der Corona-Krise!

Jörg Bösen, Konz



MASKEN-AFFÄRE

Masken als Almosen?

Minderwertige Corona-Schutzmasken für Behinderte, Obdachlose und Hartz-IV-Empfänger? War das der Plan von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU)? Die Opposition und der Koalitionspartner SPD sind empört. Spahn streitet die Vorwürfe ab. Die Masken sollen nun eingelagert und vernichtet werden; die Debatte scheint aber noch nicht beendet zu sein.

KARIKATUR: ROLAND GRUNDHEBER

Dreyers Regierung auf den Spuren Machiavellis?

Windkraft

Zum Artikel „Windräder dürfen näher an Häusern stehen“ (TV 29./30. Mai):

Die unter der Federführung des Mainzer Innenministeriums verkündete massive Absenkung der Mindestabstände von Windrädern zu Wohngebieten („Bei neuen Anlagen soll der Mindestabstand von rund 1100 auf 900 Meter sinken“) setzt handstreichartig um, was der Koalitionsvertrag der alten und neuen Regierungsparteien noch im Dunkel einer allgemeinen Formulierung ließ. Dort heißt es über die ministerielle Vorbereitung des „kommunalen Klimamanagements“, man wolle die Kommunen „durch Veränderung der bestehenden Richtlinien dabei unterstützen, Maßnahmen für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung umzusetzen“. „Veränderung der bestehenden Richtlinien“ – das heißt hier: Reduktion hinderlicher Mindestabstände zu Wohngebieten. Man darf gespannt sein, was Innenminister Roger Lewentz (SPD)

und seine Staatssekretärin Nicole Steingäß als Nächstes präsentieren. Es müsste doch möglich sein, die Mitwirkung der Bürger bei Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen weiter zu beschneiden. Die Regierung ist noch kaum im Amt, und schon erfolgt dieser Anschlag auf die Lebensqualität und Gesundheit – hier im weiten Sinne gedacht – der Bürger. Man wird zu Recht an Machiavelli erinnert, der bekanntlich empfahl, Grausamkeiten gleich zu Beginn der Herrschaft zu begehen, im Vertrauen auf das kurze Gedächtnis der Betroffenen. Hier ist jedoch zu sagen: Nach der Wahl ist auch wieder vor der Wahl (September 2021). Die SPD in Rheinland-Pfalz könnte es noch bereuen, den überzogenen Forderungen der Grünen und der Windpark-Industrie zu sehr entsprochen zu haben.

Dr. Torsten Schmidt-Millard, Oberlascheid

Es gibt wesentlich einfachere Systeme

Bewässerungssysteme

Zum Artikel „Läuft von allein: Automatische Bewässerung“ (TV vom 27. Mai):

Im Artikel werden komplexe Bewässerungssysteme beschrieben. Das Ganze gipfelt in dem Satz: „Bei der einfachsten Variante reicht eine Zeitschaltuhr ...“. Darüber hinaus kennt die „Hi-Tech“ nach oben quasi keine Grenzen – Regen- oder Feuchtesensor, Licht- und Temperatursensor, Bewässerungscomputer, Fernsteuerung mittels WLAN/Router und so weiter.

Es gibt aber auch wesentlich einfachere Systeme, deren Grundprinzip zum Beispiel schon die Indianer in der mexikanischen Wüste seit altersher verwenden. Kernstück heutiger Anlagen ist ein Ton- oder Keramikkegel, der im Boden nahe der Pflanze

sitzt und dem mit einem kleinen Schlauch Wasser zugeführt wird. Dem zugleich als Sensor und Tropfer dienenden Kegel wird nur bei Bedarf Wasser entzogen, also dann, wenn die Erde zu trocken ist und dadurch ein Unterdruck (sogenannte Saugspannung) entsteht. Als Wasserversorgung für die Zuführleitungen oder -schläuche kann ein einfacher Behälter dienen, der mindestens rund einen Meter höher als die Pflanze steht, oder ein Anschluss an einen Wasserhahn im/am Haus mit Druckminderer. Es wird folglich weder elektrische Energie noch Elektronik benötigt. Ein solches handelsübliches System wird unter anderem bei mir erfolgreich eingesetzt.

Prof. Dr.-Ing. Joachim Sartor, Lieser

Bischof Ackermann fehlt es an Demut und Barmherzigkeit

Missbrauchsskandal

Zu den Artikeln zu „Trierer Bischof setzt sich in die Nesseln“ (TV vom 18. Mai) und „Trierer Bischof will Beispiel seines Vorgängers Marx nicht folgen“ (TV vom 5. Juni):

Die katholische Kirche hat sich seit vielen Jahrzehnten von ihren Gläubigen entfremdet. Der sexuelle Missbrauchsskandal sowie dessen langanhaltende systematische Vertuschung wirkten hierbei wie ein „Brandbeschleuniger“. Die katholische Kirche verlor hierdurch ihre Autorität und Vertrauenswürdigkeit nahezu vollständig. Aufgabe des Trierer Bischofs Ackermann als Missbrauchsbeauftragter ist es,

durch Wiedergutmachung gegenüber den Missbrauchsoffern in immaterieller und materieller Hinsicht den aufgezeigten Schaden für die Kirche zu vermindern. In über elf Jahren ist nahezu nichts passiert. In Anerkennung ihres großen Leids – viele Opfer sind lebenslang schwerst psychisch gestört – hätten längstens zumindest angemessene Abschlagszahlungen geleistet werden müssen. Nichts Derartiges ist bisher geschehen. Stattdessen kommen von Herrn Ackermann unsinnige Erwägungen wie: dass 50.000 Euro Entschädigung genug seien oder dass die Kirchenmitglieder als So-

lidargemeinschaft finanziell für den Missbrauch aufkommen sollten. Die Bezeichnung, der in den Beiräten tätigen Missbrauchsoffer als „Aktivisten“ zeigt, dass es Herrn Ackermann an Demut und Barmherzigkeit fehlt. Er ist für das Missbrauchsmandat der deutschen Bischofskonferenz ungeeignet. Im Übrigen fehlen bisher Angaben der katholischen Kirche dazu, in wie vielen Fällen die Opfer von klerikalem Missbrauch Suizidversuche unternommen haben und wie viele davon tragischerweise erfolgreich waren.

Dr. Rudolf Fischer, Trier-Ruwer

Auch mal unsere Bürger befragen

Schweiz und EU

Zum Artikel „Schweizer Abweisung ist neue Ohrfeige für die EU“ (TV vom 1. Juni):

Die Schweiz ist damals nicht der Europäischen Union (EU) beigetreten, weil sie ihre Bürger dazu befragt hatte und nicht einfach über diese hinweg entschieden hat. Ob man damit gewillt ist, einer Haftungs-EU mit der Zahlung von Milliarden Euro Steuergeldern beizutreten – verbunden mit Einsparungen von dringend benötigten Steuergeldern im eigenen Land. Manch einer hatte prognostiziert, dass die Schweiz die Zeit ohne

die EU nicht lange gut überstehen würde. Aber: Bis heute steht die Schweiz immer noch besser da als führende (reichere) EU-Länder, die treu und brav auch gern Wirtschaftsskandalen, Korruption in Regierungen einiger Länder und individuelle Sonderrechte einzelner Staaten in der EU mittragen und auch gern dafür zahlen. Kann es sein, dass diese „Analyse“ gemäß dem Artikel „Schweizer Abweisung ist neue Ohrfeige für die EU“ vom 1. Juni wieder nur aus bestimmtem Blickwinkel erfolgte? Es wäre doch ohne Weiteres auch möglich gewesen, einen solidari-

schon und komplexen Gemeinschaftsverband der EU-Länder mit gemeinsamer Währung unter Verzicht auf gegenseitige Zölle zu schaffen. Und zwar ohne eine derartige Haftungs-Union zu praktizieren, also eine Union im Sinne einer fortschrittlichen Weiterentwicklung der alten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EG) oder des alten Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im Ostblock. Was würde wohl dabei herauskommen, wenn man dazu heute zur Abwechslung auch unsere Bürger befragen würde?

Arndt und Annette Müller, Konz

Die Imnu-App nicht vergessen!

Corona-Apps

Zum Artikel „Luca statt Zettelwirtschaft“ (TV vom 7. Juni):

Es ist ja schön, dass es für die Erfassung respektive den Abgleich der persönlichen Daten auch eine App gibt, die jetzt im TV thematisierte Luca-App. Nur warum erwähnt man in diesem Zusammenhang nicht auch den Imnu-Code, der den gleichen Zweck erfüllt, nicht unbedingt ein Smart- oder iPhone erfordert, von vielen Schnelltest-Zentren in Trier und in der Gastronomie genutzt wird?

Mit „Luca“ muss ich mir eine App auf ein Smartphone laden. Beim Imnu-Code muss ich mich lediglich mit meinen Daten (Name, Geburtsdatum, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse) im Internet anmelden, bekomme ein Bestätigungs-QR, das ich auf Papier ausdrucken und mit mir führen oder auf einem Smartphone speichern kann. In beiden Fällen kann der QR-Code in einem Schnelltest-Zentrum oder einem Gastronomiebetrieb eingescannt werden. Zum einen, um die Anwesenheits-

daten zu dokumentieren, zum anderen, um das Testergebnis zu hinterlegen.

Michael Rost, Sirzenich

Anm. der Red.: Im oben genannten Artikel geht es darum, die vom Land Rheinland-Pfalz priorisierte App vorzustellen. Die Imnu-App wurde auch im TV thematisiert, unter anderem im Artikel „Handy statt Zettelwirtschaft: So geht es in Gaststätten schneller“ (TV vom 27.8.2020).

Moselaufstieg ist notwendig

Verkehr

Zum Beitrag „Wie eine Straßenblockade die Gemüter spaltet“ (TV vom 9. Juni):

Am Samstag, 5. Juni fuhr meine Tochter mit dem eigenen Auto von Darmstadt nach Trier in rund 2,5 Stunden. In Höhe des Ratio Trier angekommen, stand sie dann anschließend etwa eine Stunde im Stau, bis sie in Konz-Köhen bei mir ankam. Der Grund, weswegen sich der Riesenstau gebildet hatte, war ihr und mir nicht bekannt. Aber selbst wenn es so gewesen wäre, es hätte wenig genutzt, da es eine Umleitung (alternative Streckenführung) derzeit nicht gibt. So haben diese (vorwiegend) jungen Demonstranten für uns Bürger noch einmal überdeutlich gemacht, was passiert, wenn in der Stadt Trier oder auf der Moseluferstraße aus verschiedenen Gründen ein Verkehrsstau entsteht! Deshalb sind der Moselaufstieg und ergänzende Straßenbauprojekte zwingend erforderlich, und zwar aus verkehrstechnischen und besonders auch aus Umweltgründen.

Max Gerhard Brauer, Konz-Köhen

HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser!

Haben Sie Anmerkungen zu Artikeln oder Kommentaren? Kritische Einwände? Hat ein Thema, über das wir in der Zeitung oder im Netz berichtet haben, Sie besonders bewegt? Möchten Sie Ihre eigene Meinung kundtun? Schreiben Sie uns! Ihr Leserbrief sollte maximal 2500 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein. Wir behalten uns vor, sinnwahrhaftig zu kürzen. Die Einsender sind damit einverstanden, dass ihr Name und der Wohnort in der Zeitung und im Internet auf volksfreund.de veröffentlicht und archiviert werden. Geben Sie neben Ihrer vollständigen Adresse bitte zusätzlich eine Telefonnummer an (für eventuelle Rückfragen der Redaktion).

Und so erreichen Sie uns:

E-Mail: leserbriefe@volksfreund.de
Brief: Trierischer Volksfreund,
Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,
54294 Trier

Produktion dieser Seite:
Ulrike Löhrenz